

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erste Seite

möglichst 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postlage, Wort und Bild.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Fernsprecher 27. Telegramm-Adresse: Zeitung.



## Anzeigen

werden die sechs Spalten 8 mm hohe (Bett) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Anzeigen werden Kosten pro Zeile 40 Pfg. ermäßigt. Für die Anzeigen wird die Anzeigenschein-Verordnung vom 1. März 1917 in Kraft gesetzt. Anzeigen für die Anzeigenschein-Verordnung am 1. März 1917 in Kraft gesetzt. Anzeigen für die Anzeigenschein-Verordnung am 1. März 1917 in Kraft gesetzt.

Annahmehonorar für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbehalten werden 6 Wk. berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg. 18 Jahrgang.

Donnerstag, den 5. Februar 1925

Nr. 16

Still geh' du deinen stillen Pfad  
Und achte nicht, des Lohns der Erde;  
Froh hoffend streue deine Saat,  
Dass sie dereinst gedeihen werde.  
Brichst du auch selbst die Früchte nicht,  
All deiner Sorgen, deiner Mühen:  
Die Seeligkeit erfüllter Pflicht  
Wird dir aus Not und Kampf erblühen.

## Der Ton macht die Politik.

Der englische Außenminister Chamberlain hat sich kürzlich über den Ton beschwerten zu müssen geglaubt, in dem die letzten deutschen Kundgebungen gegen die Regierung der Räumung von Köln gehalten waren. Dieser Ton war energischer als in früheren Darlegungen deutscher Reichsminister und auswärtiger Mitarbeiter, aber er entbehrte nicht der diplomatischen Korrektheit und betonte vor allem die Wahrung des guten Willens und der Freundschaft in einer Weise, wie sie der Würde dieses Reiches auf Seiten der Entente gegenüber angebracht war. Es ist nicht der gute Wille der Entente in Zweifel gezogen worden, sondern es ist nur mit der Enttäuschung des Dawesabkommens worden, daß die Unterzeichnung des Dawesabkommens von London nicht den Weg der Verständigung und gegenseitigen Verhandlungen fortgesetzt hätten, der in der englischen Hauptstadt von ihnen eingeschlagen worden sei.

Das ist die Tatsache, der aber noch mehr beizufügen ist. Wenn wir uns über einen herausfordernden Ton und unfeinen Ton beschwerten wollen, so können wir es gegenüber den Auslassungen aus Paris nicht genug tun können. Chamberlain hat darin etwas Entschuldigendes geleistet und Herriot hat sich in letzter Zeit bemüht, ihm darin nicht nachzusehen. Möglich, daß es gefehlt hätte, wenn die deutschen Kanzler sich schon früher bemüht hätten, über den Rhein herüber zu antworten, wie es über den Rhein herüber üblich ist, aber sie haben wohl nicht noch mehr Delikatesse zeigen wollen. Aus welchem Grunde sie es nicht unterlassen haben mögen, gedankt wurde aber auch und deshalb ist es gut, daß man in London und Paris wieder gemerkt hat, daß auch wir sprechen können, wie wir denken, und daß dies ein gutes Recht eines jeden Volkes ist.

Wir können außerdem dem englischen Minister des Auswärtigen erwidern, daß wir das Wort, welches die britische Politik in dieser Beziehung der Welt gegeben hat, noch lange nicht erreicht haben. Wenn zu bezweifeln Bismarcks aus London ein bisiger Ausfall gegen Deutschland erfolgte, so wurden in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ prompt ein paar „kalte Wasserstrahlen“ nach der Themse geschickt, und der Deutschlandspiegel legte sich dann wieder. Gegen und der Deutschen sollter legte sich dann wieder. Gegen und der Deutschen sollter legte sich dann wieder. Gegen und der Deutschen sollter legte sich dann wieder.

## Die Kredite der Reichspost.

Energetischer Protest der niederländischen Wirtschaftskreise.

Der Industrie- und Handelskammerverband Niederlande in Amsterdam (Niederlande, Braunschweig, Kassel, Detmold, Göttingen, Goslar, Hannover, Garburg, Hildesheim, Lüneburg, Minden, Oldenburg, Osnabrück, Verden, Westermünde) hat aus Anlaß der Kreditgewährungsfälle, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit erörtert worden sind, an den Reichsminister, den Untersuchungsausschuß des Reichstages und die Landesregierungen im Wirtschaftsgebiet Niederlande, Kassel, eine Eingabe gerichtet, in der die Kreditpolitik der Reichspost einer scharfen Kritik unterzogen wird. Wie aus der Eingabe hervorgeht, haben sich die Vertretungen des Wirtschaftsgebietes unter dem Druck der ungenügenden Kreditnot, die insbesondere seit dem Frühjahr 1924 auf der Wirtschaft lastete, wiederholt an das

Reichspostministerium mit der Frage gewandt, ob es nicht möglich wäre, zur Erleichterung der Kreditbeschaffung der Wirtschaft die bei den Postämtern zusammenliegenden Gelder in erster Linie zur Befriedigung der Kreditbedürfnisse der soliden Wirtschaft in dem Bezirke der betreffenden Postämter zu verwenden.

Der Beschäftigte des Reichspostministeriums lautete dahin, daß die Postämtergelder im einzelnen mit den vom Reichsfinanzminister und der Reichsbank aufgestellten und vom Verwaltungsrat der deutschen Reichspost besetzten Grundrissen in erster Linie dem Reiche und der Reichsbank, sodann einigen erstklassigen Geldinstituten, die volle Gewähr für die Sicherheit und besonders auch für Liquidität bieten, überwiesen werden.

Als der Verkehrsverband Niederlande wissen wollte, welchen Geldinstituten im niederländischen Gebiete der Reichspostgelder überlassen werden, antwortete der Reichspostminister, daß „aus grundsätzlichen Rücksichten nähere Einzelheiten über einzelne Darlehensnehmer der deutschen Reichspost nicht gemacht werden könnten.“ Der Industrie- und Handelskammerverband Niederlande in Kassel bemerkt dazu in seiner Eingabe:

„Die beruflichen Vertretungen der Wirtschaft müssen ihrem stärksten Befremden über eine derartige Geldpolitik in einer großen Reichsverwaltung Ausdruck geben. In Zeiten, in denen die für Volk und Reich produktiv schaffende Wirtschaft, unter der ungenügenden Kreditnot zu erliegen droht, haben die großen Verkehrsunternehmen und insbesondere die Reichspost, durch andauernde Ueberlastung der Tarifschraube die Wirtschaft noch weiter belastet und ungeheure Summen thesauriert. Statt, daß angelegentlich der außerordentlichen Schwierigkeiten der Wirtschaft und der durch die Reichspost zur Erhaltung der Währungsstabilität für notwendig gehaltenen Kreditabstufungen diese aufgesammelten Gelder wenigstens mittelbar der Wirtschaft nutzbar gemacht worden wären, z. B. durch die Rückführung der Wirtschaftsumsätze in ungenügendem Maße, hat man hohe Summen an derart fragwürdige, neugegründete, unter vielen Auswärtigen der Inflationszeit aufgetauchte Finanzunternehmen gegeben, und dann noch die Wirtschaftskreise in dem Besonderen, daß dies „erstklassige Geldinstitute“ seien, die volle Gewähr für Sicherheit und besonders auch für Liquidität“ bieten.“

Angeht diese Sachlage richtet der Industrie- und Handelsverband Niederlande-Kassel namens der in ihm zusammengeschlossenen amtlichen Berufsvertretungen in seiner Eingabe die dringende Forderung an die maßgebenden Stellen, daß die zuständigen Behörden in das ganze Verfahren bei der Gewährung von Krediten durch öffentliche, auf Reich und Staat gestützte Geldinstitute energisch hineingreifen.

## Heilmann über Barmat.

Zweifelhafte Vernehmung vor dem Landtagsauschuß.

Nach mehrtägiger Pause hat der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages am Dienstagabend seine Verhandlungen über die Kreditgeschäfte der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) mit Barmat und Kuntze fortgesetzt. Zunächst wurde der frühere Präsident der Seehandlung, Herr v. Dombrowski, noch einmal als Zeuge vernommen, der eingehende Angaben über die Entfaltung der Staatsbankkredite machte. Im Mittelpunkt der Ausschusshandlungen stand die zweifelhafte Vernehmung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Heilmann, eines engen Freundes von Julius Barmat.

Nach der Aussage Heilmanns ist Julius Barmat 1907 von Polen nach Holland gegangen, wo er zunächst als Dolmetscher tätig war. Von 1910 bis 1914 handelte er hauptsächlich mit Zuspenszpielen, Lebensmitteln und deutschen Sklavieren. Heilmann selbst hat Barmat nach dem Kriege kennen gelernt, als er die Berliner Reichsversammlung für ein holländisches Blatt übernahm, zu dessen Gründung Julius Barmat 350 000 Gulden hergegeben hatte.

Barmat als politischer Vermittler.

Ueber die Beziehungen Barmats zum Reichspräsidenten berichtete Heilmann, nach der internationalen Sozialistenkonferenz in Amsterdam im Jahre 1919 sei Barmat nach Berlin gekommen und habe das Schreiben eines hervortretenden belgischen

Postfiskals an Ebert vorgezeigt, in dem dieser bat, ihm mitzuteilen, welche besonderen Wünsche die Sozialdemokraten für die Friedensverhandlungen in Versailles hätten. Barmat wurde vom Reichspräsidenten zu einem Abendessen eingeladen und später zum Empfang des Antwortbriefes zu einer Tafel im Café. Seitdem habe der Reichspräsident Barmat oder einen der Barmats nie wieder gesehen.

## Der Sohn Eberts

habe sich selbst an Barmat gewandt und sei dann in der Bremer Privatbank angestellt worden. Er sei dort aber bald wieder ausgeschieden, da ihm die Tätigkeit dort nicht gefiel. Heilmann selbst habe in den Jahren 1919/21 mit Barmat selbst viel verkehrt, es sei fast kein Tag vergangen, wo sie nicht zusammengekommen seien. Seit 1920 habe an diesen Zusammenkünften auch der Berliner Polizeipräsident Richter teilgenommen. Heilmann habe auf diese Weise auch Kenntnis von den Geschäften Barmats erhalten, die in der Hauptsache Lebensmittelgeschäfte waren.

Heilmann schilderte die Reise nach Holland, an der auch der kommunistische Abgeordnete Koenen beteiligt gewesen sei. Koenen selbst habe die Reise dazu benutzt, um von Barmat ein Darlehen von 8000 Mark zu bekommen. Die Briefe seien ihm bekannt, die Koenen Barmat zu vernichten gebeten habe, um seiner Stellung bei der kommunistischen Partei willen.

## Heilmanns Empfehlungsbrief.

Heilmann behauptete, daß sich seine ganze Anteilnahme an dem Verhältnis Barmats zur Staatsbank auf die Empfehlung an den Finanzminister beschränkt habe. Solche Empfehlungen gebe jeder Abgeordnete eine Anzahl ab, wobei selbstverständlich Zeiträum darüber kämen könnten. Der Schriftführer Weber habe sich beispielsweise durch einen Empfehlungsbrief des Reichsministers Dr. Stresemann eingeführt. Aus seinen Aufschreibebüchern in den Barmatfirmen habe er weder direkt noch indirekt jemals einen Betrag erhalten. Geschäftlich sei er bei Barmat zweimal tätig gewesen, wobei es sich um Schiedsrichterposten gehandelt habe, die aber auch nichts eingebracht hätten. Er habe ein Konto bei der Merkurbank gehabt, das zur Nachprüfung zur Verfügung stehe.

Heilmann schilderte dann, wie er von Barmat die Zustimmung zur Gründung der Treuhandgesellschaft erhielt. Barmat habe ihm Generalvollmacht für alle Geschäfte ausgehändigt, die durch einen Vertreter vorgenommen werden können. Er habe davon keinen Gebrauch gemacht.

## Heilmann im Kreuzverhör.

Im Verlaufe der weiteren Untersuchung kommt der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Leidig, nochmals auf das enge Freundschaftsverhältnis zwischen Barmat und Heilmann zu sprechen. Weiter ergab sich, daß Barmat der sozialdemokratischen Partei im Laufe von sechs Jahren insgesamt etwa 50 000 Mark zugewandt habe, dagegen habe das Reichsbanner keine Unterstützung erhalten.

Der dem Untersuchungsausschuß angehörende kommunistische Abg. Stoltz legt dann dem Zeugen Heilmann die Frage vor, ob ihm bekannt wäre, daß der Abg. Wels im Jahre 1924 Barmat von Berlin aus als Kurier an den damaligen Premierminister und Sozialdemokraten MacDonald geschickt hat, um Barmat auf diese Weise in englischen Kreisen einzuführen?

Der Zeuge gab zu, daß Wels den Barmat mit einem Privatbrief versehen, im Jahre 1924 zu MacDonald geschickt habe. In dem Briefe erinnerte Wels MacDonald daran, daß MacDonald in der Zeit kennengelernt habe, in der Herr Wels mit ihm zusammenkam. Weiter ging Barmat mit einem inoffiziellen Auftrage des Reichspostministeriums

nach London, um mit der damaligen englischen Regierung über eine Aenderung des Postabrechnungsverfahrens zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Natürlich hat Barmat als Kaufmann dabei stets seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt. So hat er damals zu erreichen versucht, daß als eine der Abrechnungsstellen für den deutsch-englischen Postverkehr auch die Barmatsche Merkurbank zugelassen würde.

Ueber die Verbindung Koenens mit Barmat bemerkte Heilmann, daß Koenen eines Abends Barmat



